

Mit juristischem Fachwissen die Politik verändern – Lena Zagst, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft als Wahlkreisabgeordnete der Grünen für Hamburg-Mitte und Doktorandin an der Helmut-Schmidt-Universität

Juristinnen machen Karriere – wir stellen sie vor

Das Interview führte Prof. Dr. Maria Wersig, Präsidentin des djb, Berlin, während der Corona-Krise und deshalb digital.

Du bist zum Jurastudium und Referendariat von Regensburg nach Hamburg gezogen. Warum Jura und warum Jura in Hamburg?

Über Jura habe ich schon seit ungefähr der neunten Klasse nachgedacht. Mich haben die Regeln, nach denen unsere Gesellschaft funktioniert, schon immer interessiert. Lustigerweise hat man mir zu Schulzeiten überwiegend davon abgeraten, Jura zu studieren, weil das so schwierig sei. Für Hamburg habe ich mich eher spontan wegen der Bucerius Law School entschieden. Eigentlich war mein Plan, in Köln einen deutsch-französischen Studiengang zu belegen. Erst kurz vor Ablauf der Bewerbungsfrist hat mich meine Lehrerin im Leistungskurs auf die Bucerius Law School hingewiesen, so dass ich mich spontan beworben habe. Das Angebot und der Auswahltag an einem schönen Sommertag in Hamburg haben mich dann überzeugt.



▲ Foto: Henning Angerer

In deiner Vita vereinst du wissenschaftliches Arbeiten und politisches Engagement. Hilft ein Dissertationsvorhaben im Völkerrecht bei stadt- bzw. landespolitischem Engagement?

Völkerrecht im speziellen hilft beim landespolitischen Engagement nicht unbedingt so viel, aber die juristische Ausbildung insgesamt ist auf jeden Fall sehr hilfreich. Ich finde es aber sehr positiv, dass mein Dissertationsprojekt nichts mit der Politik zu tun hat, weil ich dann einfach auch mal was ganz anderes machen kann. Politik kann man 24/7 betreiben, wenn man das möchte und es ist gut, noch ein Projekt zu haben, das einen anderweitig fordert.

Warum engagierst du dich politisch?

Mir geht es darum, etwas zu verändern. Gerechtigkeitsfragen, Umweltschutz und Feminismus haben mich schon als Jugendliche beschäftigt. Im Jurastudium und Referendariat habe ich außerdem bemerkt, dass mir die ständige Beschäftigung mit dem Status quo in der klassischen juristischen Tätigkeit nicht reicht. Um selbst aktiv zu werden, war dann der Parteieintritt bei BÜNDNIS90/GRÜNEN ein logischer Schritt. Der entscheidende Auslöser waren die Bundestagswahl 2017 und der Einzug der AfD. In der Bürgerschaft werde ich für eine offene Gesellschaft und zwischenmenschliche Toleranz eintreten und mich mit Fragen von Demokratie, Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit auseinandersetzen.

2009-2014	Studium der Rechtswissenschaft an der Bucerius Law School Hamburg und Willamette University College of Law, Salem, OR, USA
2014	Erstes Staatsexamen
2015-2017	Referendariat am Hanseatischen Oberlandesgericht
2017	Zweites Staatsexamen; Eintritt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2017-2020	Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Prof. Dr. Sigrid Boysen, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg
seit 2017	Promotion zu einer völkerrechtlichen Fragestellung
2018	Eintritt in den djb
2019	Beisitzerin im Kreisvorstand Hamburg-Mitte; Wahl in die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte und zur stv. Fraktionsvorsitzenden (ab 01/2020 bis 04/2020 als Fraktionsvorsitzende in einer Doppelspitze)
2020	Wahl in die Hamburgische Bürgerschaft als Wahlkreisabgeordnete für Hamburg-Mitte

Seit 2020 bist du Mitglied der Hamburger Bürgerschaft für den Wahlkreis Hamburg Mitte. Der Start in diese politische Arena wurde überschattet von der Corona-Krise, die das politische Handeln derzeit bestimmt. Was bedeutet das für deine Arbeit?

Die Corona-Krise hat seit Beginn der Legislatur Mitte März die politische Arbeit bestimmt. Schon die konstituierende Sitzung der Bürgerschaft fand nur mit der Hälfte der Abgeordneten statt. Das Thema Corona bestimmt einerseits die inhaltlichen Fragen, mit denen wir uns täglich beschäftigen: Wie bekämpfen wir die Pandemie? Wie können wir die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der einschneidenden Maßnahmen abfedern? Wie können wir Familien und Kinder unterstützen? Wie gehen wir mit den massiven Grundrechtseinschränkungen um? Was können wir für die Geflüchteten in den völlig überfüllten griechischen Lagern tun, wo Corona die Zustände noch deutlich verschärfen wird? Gleichzeitig sind es auch besondere Arbeitsbedingungen für uns als neue Fraktion, weil wir erst einen guten Weg finden müssen, wie wir als Team zusammenwachsen können. Die meisten Sitzungen haben sich allerdings auch sehr schnell ins Digitale verlagert. Und da die Koalitionsverhandlungen verschoben wurden, verschiebt sich natürlich auch die Regierungsbildung und die endgültige Aufgabenverteilung innerhalb der Fraktion.

Siehst du rechtspolitischen Handlungsbedarf zur Unterstützung von Frauen vor dem Hintergrund der Corona-Krise?

Die Corona-Krise verschärft Fragen, die wir in der Frauenpolitik immer auf dem Schirm haben, die aber in der Debatte zu wenig Berücksichtigung finden: die Doppelbelastung von Familie, Care-Arbeit und Beruf wird durch die Situation im Homeoffice verschärft, besonders betroffen sind Alleinerziehende. Deswegen müssen gerade sie Kindernotbetreuung in Anspruch nehmen können, ohne nachzuweisen, dass sie in einem sog. „systemrelevanten Beruf“ arbeiten. Als GRÜNE Hamburg haben wir außerdem ein Corona-Elterngeld vorgeschlagen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Krise zu gewährleisten, was inzwischen die Bundestagsfraktion aufgegriffen hat.

Wir erwarten außerdem, dass die Fälle der sog. „häuslichen“ Gewalt in der Corona-Krise bzw. danach erheblich steigen, weil die soziale Isolation Ausweich- und Hilfsmöglichkeiten nimmt und das Eingesperrtsein zu erhöhter Aggression führt. Wir müssen die staatliche Pflicht, Frauen vor Gewalt zu schützen, ernst nehmen und sicherstellen, dass alle die Hilfe bekommen, die sie benötigen – z.B. indem ausreichend Plätze in Frauenhäusern zur Verfügung stehen. Teilweise wurden Hotels angemietet, um Platz zu schaffen, aber es darf nicht bei vorrübergehenden Maßnahmen bleiben, wenn wir dieses Thema endlich mit dem Ernst behandeln, den es verdient. Weitere Themen sind natürlich Schwangerschaftskonfliktberatung, die auch in der Corona-Krise stattfinden muss – sicher und vertraulich; genauso wie der Zugang zu sicheren Abtreibungen weiterhin gewährleistet sein muss. Schließlich dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, dass vielen Sexarbeiterinnen durch die Schließung von Prostitutionsstätten Obdachlosigkeit droht bzw. ihre Existenz gefährdet ist. Hierfür können wir auch auf der Landesebene pragmatische Lösungen finden.

Unabhängig von der Corona-Krise: Zwei deiner wichtigsten Themen für die kommende Wahlperiode sind die „Bekämpfung von Hassrede und Hasskriminalität“ und „Parité-Gesetz für Bürgerschaft und Bezirke“ – Themen, die auch die Arbeit des djb prägen. Wie wichtig ist deine juristische Ausbildung für deine praktische politische Arbeit?

Meine juristische Ausbildung prägt meine Herangehensweise an politische Fragen sehr. Mit diesen Kompetenzen ist man in allen Themengebieten gefragt, weil Politik ja meistens auf die Veränderung von Recht gerichtet ist. Wenn eine Idee aufkommt, müssen zunächst die rechtlichen Rahmenbedingungen und Spielräume geklärt werden. Als Juristin weiß ich außerdem, wie man ein gutes Argument aufbaut und ein schlechtes auseinandernimmt. Allerdings ist man als Juristin leider auch immer die Bedenkenträgerin. Mit meiner feministischen Perspektive habe ich zudem bestimmte Themen im Blick, die bei anderen gar nicht unbedingt auf der Agenda stehen. Dafür gibt mir der djb immer wieder spannende Impulse. Bestes Beispiel: auf dem letzten djb-Bundeskongress hieß es in einem der Vorträge, dass sexistische Hasskriminalität bisher nicht statistisch erfasst werde, bei anders motivierter Hasskriminalität das jedoch der Fall sei. Da wir in Hamburg gerade an unserem Wahlprogramm arbeiteten, habe ich mit mehreren Landesarbeitsgemeinschaften dafür gesorgt, dass eine entsprechende Forderung ins Wahlpro-

gramm kommt. Diese wurde vom Justizsenator dann auch direkt auf die Agenda für die Justizministerkonferenz gesetzt.

Bei der Parité-Gesetzgebung hilft die Arbeit des djb sowie von klugen Rechtswissenschaftler*innen ganz enorm, den vielen verfassungsrechtlichen Bedenken zu begegnen. Die letzte Wahl in Hamburg hat wieder gezeigt, wie relevant das Thema Parité ist. Einerseits haben wir nun den höchsten Frauenanteil aller Parlamente in Deutschland – andererseits liegt das vor allem an der GRÜNEN Fraktion, die einen Frauenanteil von zwei Dritteln hat. Es ist aber nicht nur Aufgabe von GRÜNEN, für einen hohen Frauenanteil in Parlamenten zu sorgen, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle Parteien interessieren sollte.

Bereits vor dem derzeitigen Mandat warst du stellvertretende Fraktionsvorsitzende und auch Ausschussvorsitzende in der Bezirksversammlung Hamburg Mitte. Wie bist du an diese Aufgaben herangegangen?

In beiden Fällen hatte ich selbst die Ämter für mich gar nicht in Betracht gezogen, bis mir das vorgeschlagen wurde. Erst nachdem man mich darauf angesprochen hat, habe ich mich damit auseinandergesetzt, ob ich diese Ämter übernehmen möchte. Ich denke, meine Wege zu politischen Ämtern stehen exemplarisch für die Erfahrungen von vielen Frauen: Man zieht sich selbst gar nicht als Kandidatin in Betracht, bis einen andere Leute darauf ansprechen. Und selbst dann hat es mich durchaus Überwindung und einen Ruck gekostet, zu sagen, ich möchte das, ich mache das jetzt, ich traue mir das zu und ich bekomme das hin. Das sind Überlegungen, die nach außen oft nicht so sichtbar werden. Viele, mit denen ich darüber spreche, sind überrascht, dass ich das so empfinde. Gerade deswegen finde ich es sehr wichtig, darüber zu sprechen und das transparent zu machen, weil ich in beiden Fällen durchaus festgestellt habe, dass ich das gut kann und mir das Spaß macht.

Als Fraktionsvorsitzende habe ich mich als verantwortlich gegenüber der Fraktion gesehen und in der Verantwortung, Prozesse und Strukturen so zu gestalten, dass die Fraktionsmitglieder gut arbeiten können. Wir haben in der Bezirksfraktion nicht nur die gewählten Bezirksabgeordneten, sondern eine ganze Reihe von zugewählten Bürger*innen, die für uns in einzelnen Ausschüssen sitzen. Insgesamt ist es eine Gruppe von über 40 Personen, die der Fraktionsvorstand leitet. Dazu kamen noch vier Fraktionsmitarbeiterinnen. Führungs-, Personal- und Budgetverantwortung waren für mich neue Erfahrungen, die mir aber wegen ihrer Gestaltungsmöglichkeiten sehr viel Spaß gemacht haben. Im Fraktionsvorstand haben wir als Team super funktioniert, was in der Politik sicherlich nicht selbstverständlich ist.

Bei Bündnis 90/Die Grünen engagieren sich viele junge Frauen, mehr als in anderen Parteien. Was würdest du Politiker*innen anderer Parteien raten, um auch Frauen für die eigene Organisation zu begeistern?

Ich kann nur für mich selbst sprechen, aber mir ist wichtig, ernst genommen zu werden. Es sind mehr oder weniger subtile Mechanismen und Verhaltensweisen, die einem als junge Frau vermitteln, man solle sich zurückhalten, nicht so aufmüpfig oder emotional sein, oder sich zufrieden geben mit dem, was einem zugestanden wird. Für mich ist bei den GRÜNEN entscheidend,

dass diese Mechanismen als Machstrukturen anerkannt werden und versucht wird, ihnen aktiv entgegen zu wirken. Dadurch verlagert sich die Anstrengung gegen diese Mechanismen weg von der einzelnen Person und wird zur gemeinsamen Aufgabe.

Dazu gehört auch, wie ich weiter oben geschildert habe, Frauen aktiv für Ämter und Kandidaturen anzusprechen. Ich hätte kein einziges Amt in der Politik übernommen, wenn man mich nicht dafür angesprochen und ermutigt hätte.

Welche Vorbilder inspirieren deine politische Arbeit?

Wirkliche Vorbilder habe ich nicht, aber es gibt immer wieder Menschen, die mich sehr beeindrucken und inspirieren und von denen ich mir gerne etwas abgucke. Dazu gehören auf jeden Fall meine Doktormutter Professorin *Sigrid Boysen* und mein Co-Fraktionsvorsitzender in der Bezirksfraktion.

Gab es für dich einen Moment in deinem Leben, in dem du Feministin wurdest? Oder war das schon immer Thema?

Ich war immer Feministin, solange ich mich erinnern kann. Das kritische Hinterfragen von Rollenbildern und systematische Kritik an Machtverteilung habe ich zuhause gelernt. Feminismus ist für mich selbstverständlich.

Brauchen wir mehr feministische Juristinnen in der Politik?

Auf jeden Fall! Es gibt so viele Themen, die zugleich eines juristischen und eines feministischen Blicks bedürfen. Viele frauenpolitische Forderungen und Diskussionen, die uns als Feminist*innen sehr vertraut sind, kommen in der größeren politischen Debatte kaum vor. Es sind dann oft einzelne Frauen, die sich eines be-

stimmten politischen Themas annehmen und dafür kämpfen. Bei diesen Themen hat man teilweise mehr mit Frauen aus anderen Parteien gemeinsam als mit den Männern der eigenen Partei. Deswegen müssen wir parteiübergreifend als feministische Juristinnen die relevanten Themen auf die Agenda setzen und gemeinsam voranbringen. Damit niemand dran vorbeikommt!

Dieses Netzwerken lässt sich ja auch auf das Jurastudium übertragen. Was räst du Jurastudentinnen, die gerade mit ihrer juristischen Ausbildung beginnen?

Vernetzt euch und traut euch! Ich bin leider erst während meiner Promotionszeit auf den djb gestoßen. Ich finde es super, dass es dort auch eigene Angebote für die Jungen Juristinnen gibt. Wenn es an eurer Uni noch keine passende AG o.ä. gibt, hört euch um und gründet selbst eine. Und ganz wichtig: Hört nicht auf diejenigen, die euch kleinmachen wollen. Ignoriert die Leute, die rummäkeln. Irgendjemand ist immer unzufrieden und es kommt nicht darauf an, andere zufrieden zu machen – entscheidend ist, ob ihr zufrieden seid!

Du bist seit April 2018 djb-Mitglied. Was hat dich bewogen, Mitglied zu werden?

Viele tolle Kolleginnen an der Helmut-Schmidt-Universität und das Bedürfnis, mich mit Gleichgesinnten zu vernetzen.

Was wünscht du dir für den djb in der Zukunft?

Dass der djb noch vielfältiger wird und unterschiedliche Perspektiven einbezieht und auf jeden Fall die geballte Fachkompetenz beibehält, die seine hohe Glaubwürdigkeit und Respektabilität ausmachen!

Impressum

Schriftleitung

Anke Gimbal, Rechtsassessorin (V.i.S.d.P)
Ruth Meding, LL.M. / Helen Hahne

Redaktionsanschrift

Deutscher Juristinnenbund e. V.
Anklamer Str. 38
10115 Berlin
Telefon: 030 443270-0
Telefax: 030 443270-22
E-Mail: geschaefsstelle@djb.de
www.djb.de

Erscheinungsweise:

4 Ausgaben im Jahr

Bezugspreise 2020

Jahresabonnement inkl. Online-Nutzung (Einzelplatzzugang) über die Nomos elibrary 62,- €; Jahresabonnement für Firmen/Institutionen inkl. Online-Nutzung (Mehrplatzzugang) über die Nomos elibrary 164,- €; Einzelheft 20,- €. Alle Preise verstehen sich incl. MWSt, zzgl. Vertriebskostenanteil.

Bestellmöglichkeit

Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Kündigungsfrist

jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende

Bankverbindung generell

Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe: IBAN: DE07 6601 0075 0073 6367 51, BIC: PBNKDEFF oder Sparkasse Baden-Baden Gaggenau: IBAN: DE05 6625 0030 0005 0022 66, BIC: SOLADESIBAD

Druck und Verlag

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestr. 3-5, D-76530 Baden-Baden
Telefon (07221) 2104-0/Fax (07221) 2104-27
E-Mail nomos@nomos.de

Anzeigen

Sales friendly Verlagsdienstleistungen
Pfaffenweg 15, 53227 Bonn
Telefon (0228) 978980, Fax (0228) 9789820
E-Mail roos@sales-friendly.de

Urheber- und Verlagsrechte

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags.

Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Ur-

heberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online oder offline ohne zusätzliche Vergütung. Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version verbleibt beim Verlag. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber/ Redaktion oder des Verlages wieder. Unverlangt eingesendete Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages.

Die Redaktion behält sich eine längere Prüfungsfrist vor. Eine Haftung bei Beschädigung oder Verlust wird nicht übernommen. Bei unverlangt zugesandten Rezensionsstücken keine Garantie für Besprechung oder Rückgabe. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnentstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

ISSN 1866-377X